

# Kostenanalyse Pensionssicherungsbeitrag

## Finanzminister Schelling ignoriert unser Anliegen



Franz Poimer

Nach wie vor bemühen wir uns Verbesserungen beim Pensionssicherungsbeitrag (PSB), im besten Fall dessen gänzliche Abschaffung, zu erreichen.

**GPF-Pensionistenvorsitzender**

**Ditmar Fürst hat bei Beamtenstaatssekretärin Muna DUZDAR einen neuerlichen Vorstoß unternommen.**

War Finanzminister Hans Jörg Schelling schon beim Pensionshunderter im Zuge der Pensionsanpassung 2017 nicht auf der Seite der Pensionist/innen, ignoriert er auch unser

Anliegen beim PSB Verbesserungen zu schaffen.

Für die weiteren Verhandlungen hat Ditmar Fürst vom Beamtenstaatssekretariat mehrere Kostenberechnungen gefordert und folgende Ergebnisse erhalten:

**Entfall des PSB für Pensionen:**

- unter 1.000 Euro: 4,7 Mio Euro
- unter 1.100 Euro: 9,4 Mio Euro
- unter 1.500 Euro: 57,5 Mio Euro
- Reduktion des PSB um 0,1%: 8,8 Mio Euro.

Um 450,426 Millionen Euro sind

2016 weniger für Pensionen ausgegeben worden, als im Budget vorgesehen. Dieser Trend besteht bereits seit mehreren Jahren. Trotzdem wird bei den Beamtenpensionen vom Finanzminister ungerechtfertigt abkassiert.

**So geht es weiter**

Über Initiative von Kollegen Fürst ist für April eine Besprechung mit dem Vorsitzenden des Verfassungsausschusses NR Dr. Peter Wittmann vereinbart und bei der nächsten Sitzung des Seniorenrates ist der PSB Thema.

## Sozialdemokratische GewerkschafterInnen

### Oberösterreichs Beschäftigte leisten Enormes FSG fordert spürbare Anerkennung der Arbeitnehmerleistungen

Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind die mit Abstand wichtigsten Leistungsträger in Oberösterreich. Das muss endlich anerkannt werden und finanziell wesentlich mehr bringen, fordern wir Sozialdemokratischen GewerkschafterInnen.



AK-Präsident Kalliauer: Die Beschäftigten verdienen Gerechtigkeit!

2015 haben die oberösterreichischen Beschäftigten 980 Millionen berufliche Arbeitsstunden geleistet, davon 37,6 Millionen Überstunden. Mehr als ein Fünftel der Überstunden, nämlich 7,8 Millionen,

wurden weder in Geld noch durch Zeitausgleich abgegolten. Diese unbezahlte Zeit entspricht rund 165 Millionen Euro oder 4500 Arbeitsplätzen. Neben den beruflichen Arbeitsstunden werden jährlich mehr

als 60 Millionen ehrenamtliche geleistet.

Berücksichtigt man neben der Lohnsteuer und den Sozialversicherungsbeiträgen auch die Konsumsteuern, zahlen die Beschäftigten in unserem Bundesland wesentlich mehr als die Gewinnsteuer aller Unternehmen in ganz Österreich ausmacht! Die Pensionen finanzieren sich die ArbeitnehmerInnen zum allergrößten Teil – zu rund 83 Prozent – mit eigenen Beiträgen (Selbständige: 53 Prozent, Landwirte: 22 Prozent).



OBERÖSTERREICH

### Kommentar



Andreas Stangl  
FSG-Landesvorsitzender

Ohne die enormen Leistungen der Beschäftigten stünde alles still und würden keine Werte geschaffen. Deshalb fordern wir für die ArbeitnehmerInnen Lohn-, Steuer- und Bildungsgerechtigkeit: Unter anderem müssen die Mindestlöhne rasch angehoben, die viel zu hohen Abgaben auf Arbeit gesenkt und Weiterbildungen deutlich höher gefördert werden. Das hebt auch die Kaufkraft und kurbelt die Konjunktur an!